



Heiner Kamp  
Mitglied des Deutschen  
Bundestages

Für den Kreis Gütersloh und Ostwestfalen-Lippe im Deutschen Bundestag

## Bericht aus Berlin - Bericht aus dem Wahlkreis Juni II/10

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

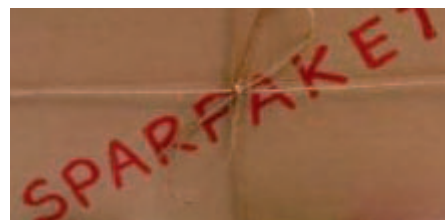
heute möchte ich Ihnen getreu dem Leitspruch des Newsletters über die zurückliegenden zwei Sitzungswochen des Bundestages in Berlin und meine Arbeit vor Ort berichten.

Die letzten zwei Parlamentswochen lassen sich gut in zwei Bereiche zusammenfassen: während die Woche vom 7. bis 11. Juni unter dem Eindruck der Sparklausur der Bundesregierung und den Eckpunkten zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes stand, lag der Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit in der Woche vom 14. bis 18. Juni auf der Bildungspolitik. Die aktuelle Kritik an der Arbeit der schwarz-gelben Koalition im Bund nehme ich ernst. Was meinen Arbeitsbereich der Bildungspolitik angeht, deckt sich die Berichterstattung jedoch nicht mit meinem persönlichen Erleben: die Zusammenarbeit mit meinen Unionskollegen ist kollegial, vertrauensvoll und zielorientiert.

Mit besten liberalen Grüßen  
Ihr

### SPARPAKET

„Konsolidieren, Reformieren, Wachsen - das ist der Dreiklang um den es uns geht“, erklärte Außenminister Dr. Guido Westerwelle zum bestimmenden Thema der Woche vom 7. bis 11. Juni: dem Sparpaket. Diese Ansicht kann ich nur unterstreichen, da ich es für richtig und wichtig halte, den Ausgabenüberschuss des Bundes zu reduzieren und damit zu beginnen Einnahmen und Ausgaben in ein gesundes Gleichgewicht zu bringen. Es besteht dringender Handlungsbedarf in Punkto Haushaltsführung, nicht zuletzt durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse.



Zum Konsolidierungsplan: Ein Gesamtvolumen von rund 80 Milliarden Euro soll in den nächsten

vier Jahren eingespart werden. Die Felder Bildung und Forschung sollen dabei von den Sparmaßnahmen unberührt bleiben. Im Gegenteil: Bis zum Jahre 2013 werden zusätzlich 12 Mrd. Euro bereitgestellt, denn Bildung stellt eine Investition in die Zukunft unseres Landes dar. Des Weiteren haben wir vor, das Paket ohne Steuererhöhungen, Abgabenerhöhungen und Rentenkürzungen durchzusetzen.



Birgit Homburger, die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, betonte, dass „Mehrbelastungen Gift für die Konjunktur“ seien.

Es werden alle Teile der Gesellschaft in die Sparanstrengungen miteinbezogen. So sollen Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und Empfänger ineffizienter Doppelleistungen des Sozialsystems zur Konsolidierung beitragen und für mehr Generationengerechtigkeit sorgen. Sozialaus-

gaben machen rund die Hälfte des Bundeshaushaltes aus, tragen jedoch nur zu einem Drittel zur Konsolidierung bei. Es gilt für uns als FDP auch morgen die Schwachen und Bedürftigen sozial abzusichern und unseren Kindern eine Zukunft ohne permanent steigende Neuverschuldung zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltsentwicklung - die Neuverschuldung wird deutlich geringer ausfallen als ursprünglich angenommen - halte ich es für dringend erforderlich, an den vorgesehenen Sparmaßnahmen festzuhalten. Die positive Entwicklung darf kein Vorwand sein, in unseren Bemühungen nachzulassen.

Die Eckdaten der Bundesregierung zum Sparpaket finden Sie hier:

<http://tinyurl.com/26v29jv>

<http://tinyurl.com/2f6gqu5>

Eine Argumentationshilfe der FDP können Sie hier abrufen:

<http://tinyurl.com/33q4628>

### **Reform der Jobcenter und Hilfen für Opel**

Am Donnerstag, dem 17. Juni 2010, stimmte der Bundestag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit dem Gesetzentwurf zur Jobcenter-Reform zu. Demnach sollen Kommunen und Arbeitsagenturen Langzeitarbeitslose künftig gemeinsam betreuen dürfen. Um diese Hilfestellung zu gewährleisten, bedurfte es einer Änderung des Grundgesetzes. Zu der Abstimmung kam es, weil das Bundesverfassungsgericht die Mischverwaltung

im Dezember 2007 als nicht grundgesetzeskonform gerügt hatte. Wichtig war uns aus liberaler Sicht, dass die Dienste aus einer Hand erfolgen, ganz nach dem Leitgedanken: ein Bürger, eine Behörde, ein Bescheid. Mein Kollege Heinrich Kolb, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, fasste es treffend zusammen: „Langzeitarbeitslose dürfen künftig auf bessere Leistung aus einer Hand hoffen.“

Ein weiteres Kernthema der 24. Kalenderwoche war der von GM gestellte Hilfsantrag zur Sanierung von Opel. Bundeswirtschaftminister Rainer Brüderle lehnte diesen ab und traf damit genau die richtige Entscheidung. Der Grund: GM kann die Kosten aus eigener Kraft stemmen. Auf die Absage zog der Autokonzern sämtliche Anträge zurück. Dies ist eine gute Nachricht für die Steuerzahler.

### **Beschluss des Bundeskabinetts zum „Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung“**

Den Auftakt zu den bildungspolitischen Beschlüssen, die in Berlin in der 24. Kalenderwoche auf den Weg gebracht wurden, bildete der Beschluss des Bundeskabinetts zur Durchführung eines Sonderprogramms Berufseinstiegsbegleitung.

Mit dieser Maßnahme begegnen wir konkret dem sich zunehmend abzeichnenden Fachkräftemangel indem wir bildungsgefährdete Jugendliche auf dem Weg in eine Ausbildung gezielt fördern und eine deutliche Berufsperspektive aufzeigen. Das Programm sieht vor, 1.200 zusätzliche Bildungslotsen an

Haupt- und Förderschulen zu entsenden, um lernschwachen Schülerinnen und Schülern zu helfen. Von dieser Unterstützung sollen 30.000 Jugendliche profitieren. Noch in diesem Jahr wollen wir mit 500 zusätzlichen Bildungslotsen an 1.000 Schulen beginnen. Das Signal ist klar: alle Kräfte werden gebraucht. Mit der Berufseinstiegsbegleitung werden wir die Zahl der Schulabbrecher weiter senken und stellen die Weichen dafür, dass alle eine Chance auf Teilhabe an Bildung und Arbeit bekommen. Für mich ist das richtige, zukunftsorientierte und sozial gerechte Politik für unser Land. Für bessere Bildung werde ich mich in Berlin weiter stark machen.

### **BAföG-Erhöhung und nationales Stipendienprogramm beschlossen**

Neben dem Bildungslotsen-Sonderprogramm wurden in der 24. Kalenderwoche weitere zentrale bildungspolitische Beschlüsse gefasst. Am 18. Juni hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalition und der Partei DIE LINKE, die Erhöhung des BAföG beschlossen.

Ebenfalls am 18. Juni wurde die Schaffung eines nationalen Stipendienprogramm mit der Koalitionsmehrheit auf den Weg gebracht. Mit dem nationalen Stipendienprogramm ermöglichen wir eine weitere Förderung für die besten Studierenden bis zu einer Höhe von 300,- Euro monatlich.

Die Förderung wird anrechnungsfrei auf das BAföG sein und stärkt den Leistungsgedanken in der Bildungspolitik. Mit dem Stipendienpro-

gramm schaffen wir einen weiteren Anreiz zur Aufnahme eines Studiums gerade auch für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien. Denn Bildungschancen sollen nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Mit der BAföG-Novelle haben wir die Ausbildungsförderung modernisiert. Die Freibeträge sollen um 3 Prozent und die Bedarfssätze um 2 Prozent steigen. Der Bundesrat muss den Gesetzen noch zustimmen; die Beratung ist für den 9. Juli 2010 vorgesehen.

### Forderung des ZDH nach höheren Bildungsausgaben

In einem Interview mit der Rheinischen Post (18. Juni 2010) hat der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) höhere Ausgaben für Bildung gefordert und dazu aufgerufen, alle Potenziale auszuschöpfen und junge Menschen mindestens zu einem ordentlichen Abschluss zu führen. Mit dieser Forderung liegt er mit mir und der FDP voll und ganz auf einer Linie. Mit dem Leiter der Abteilung Berufliche Bildung des ZDH habe ich mich am 14. Juni 2010 zu einem



links: Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser

Austausch getroffen. Dabei ging es schwerpunktmäßig um die Vergleichbarkeit nationaler Qualifikationen auf europäischer Ebene. Die gute Zusammenarbeit mit den Kammern möchte ich auch in Zukunft fortsetzen und weiter vertiefen.

### Bildung in Gütersloh



v.l.n.r.: Günter Beine | Dr. Birgit Osterwald | Heiner Kamp, MdB | Maria Unger

Als Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung ist Bildung für mich sowohl im Bund als auch im Kreis Gütersloh von zentraler Bedeutung. Meine Erfahrungen aus der Bundespolitik möchte ich in meiner Arbeit für den Kreis Gütersloh einbringen.

Aus diesem Grund besuchte ich die VHS-Leiterin Dr. Birgit Osterwald und die Bürgermeisterin Maria Unger in Gütersloh, um mich über die Strukturen und Bildungsangebote der ortsansässigen VHS zu informieren.

Ich war sehr positiv überrascht. Die Gütersloher VHS konnte entgegen

dem bundesweiten Trend ihre jährliche Teilnehmerzahl innerhalb der vergangenen zehn Jahre auf 12.000 verdoppeln. Das Konzept der ganzheitlichen Bildung wird meiner Meinung nach richtig umgesetzt. Die Angebote ermöglichen nicht nur Bildung zu konsumieren, sondern vielmehr den eigenen Horizont gemeinsam mit anderen zu erweitern. So freue ich mich über das gut aufgebaute Netzwerk der VHS mit Bildungsträgern und Unternehmen vor Ort.

Ganz unabhängig berät die VHS die Bürgerinnen und Bürger über die Angebote der Bildungsprämie und den Bildungsscheck. Alleine durch die Anfang 2010 erhöhte Bildungsprämie auf maximal 500 Euro pro Jahr ist die Nachfrage auf Fördergelder weiter gestiegen. Das ist ein Erfolg der uns bestätigt, hier den richtigen Weg zu gehen.

Bitte nehmen Sie Kontakt zu Herrn Günter Beine (VHS Gütersloh) unter der Telefon-Nr. 05241 822041 auf, wenn Sie nähere Informationen zur Förderung durch Bildungsprämien oder Bildungsschecks benötigen.